

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/018(V)/12			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 03.02.2012	Hasselbachsaal	15:00Uhr	16:40Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 02. 12 2011
- 4 Anträge
 - 4.1 Städtepakete für Bürgerreisen A0152/11
Fraktion DIE LINKE
 - 4.1.1 Städtepakete für Bürgerreisen S0299/11
BE: Oberbürgermeister
 - 4.2 Runder Tisch zur Veranstaltungsplanung A0138/11
Fraktion CDU/BfM
 - 4.2.1 Runder Tisch zur Veranstaltungsplanung S0273/11
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
 - 4.3 Europäische Kompetenz der Stadtverwaltung steigern A0173/11
Fraktion CDU/BfM
 - 4.3.1 Europäische Kompetenz der Stadtverwaltung steigern S0022/12
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit

4.4	Marktchancen bei der Liberalisierung von Fernbuslinien sichern FDP-Fraktion	A0121/11
4.4.1	Marktchancen bei der Liberalisierung von Fernbuslinien sichern BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	S0274/11
4.5	Bürgerbeteiligung in der LH Magdeburg - innovative Beteiligungsverfahren in der Stadtentwicklung Fraktion DIE LINKE	A0129/11
4.5.1	Bürgerbeteiligung in der LH Magdeburg - innovative Beteiligungsverfahren in der Stadtentwicklung BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	S0281/11
4.6	Umsetzung Anträge Handyparken Fraktion CDU/BfM	A0081/11
4.6.1	Umsetzung Anträge Handyparken BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	S0177/11
4.7	Leiharbeit in kommunalen Unternehmen bzw. Unternehmen mit kommunaler Beteiligung Fraktion DIE LINKE	A0159/11
4.7.1	Leiharbeit in kommunalen Unternehmen bzw. Unternehmen mit kommunaler Beteiligung BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	S0010/12
5	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Stadtrat Martin Rohrßen

Stadtrat Mirko Stage

Vors. des Stadtrates Beate Wübbenhorst

Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hugo Boeck

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Frank Theile

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

Verwaltung

Frau Dr. Anne Ignatuschtschenko

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 02. 12 2011

Die Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

4. Anträge

4.1. Städtepakete für Bürgerreisen Vorlage: A0152/11

In seinen Ausführungen zum Anliegen des Antrages führt Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE, aus, dass interessierten Magdeburger Bürgern die Möglichkeit eröffnet werden soll, mit Partnerstädten in Kontakt zu treten. Insbesondere verweist er darauf, dass es nicht darum gehe, seitens der Stadt die entsprechenden Reisekosten zu übernehmen, sondern unter Leitung der Landeshauptstadt Reisemöglichkeiten eröffnet werden.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0152/11 in seiner Sitzung am 16. 02. 2012 zu beschließen.

4.1.1. Städtepakete für Bürgerreisen Vorlage: S0299/11

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung S0299/11 zur Kenntnis.

4.2. Runder Tisch zur Veranstaltungsplanung Vorlage: A0138/11

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, informiert über die Auffassung seiner Fraktion, dass eine koordinierende Tätigkeit seitens der Landeshauptstadt bei der Veranstaltungsplanung als sinnvoll angesehen wird.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper führt aus, dass die Verwaltung bei ihrer bereits in der vorliegenden Stellungnahme dargelegten ablehnenden Haltung bleiben wird.

Der Beigeordnete Herr Platz verweist in seinen Ausführungen auf die Initiative des Ordnungsamtes, im Hinblick auf die Planung von Großveranstaltungen die Veranstalter dazu aufzufordern, im Monat März für das kommende Jahr ihre Veranstaltungen anzumelden. Grund hierfür ist, eine Ballung von lärmintensiven Veranstaltungen zu vermeiden. Bei Feststellung von terminlichen Überschneidungen dieser Veranstaltungen ist das Ordnungsamt bestrebt darauf einzuwirken, dass evtl. Terminverlegungen vorgenommen werden.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, führt aus, dass Hintergrund des Antrages die Frage sei, wie bei durch die Stadt unterstützte Veranstaltungen (z.B. Kaiser-Otto-Fest) Einfluss zur Vermeidung von Terminüberschneidungen genommen werden kann. Es gehe nicht darum, Verbote auszusprechen, sondern nur um koordinierende Unterstützung.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, bezeichnet das gleichzeitige Stattfinden von Veranstaltungen als positive Nebenerscheinung für eine Großstadt. Er legt seine Auffassung dar, dass es bei der Veranstaltungsplanung von privaten Veranstaltern keine Möglichkeit der Reglementierung gibt und schon aus kommerziellen Gründen diese Veranstaltungen so gelegt werden, dass Konkurrenzsituationen möglichst vermieden werden. Er verweist darauf, dass es auch zwischen vielen Vereinen Abstimmungen hinsichtlich der Planung von Veranstaltungen gibt.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verweist darauf, dass bei einer Einflussnahme der Stadt auf Terminplanungen der Effekt eintreten könnte, seitens der Stadt bei Unstimmigkeiten über die Wichtigkeit von Veranstaltungen entscheiden zu müssen. Er sieht es als wichtig an, Einfluss hinsichtlich der Genehmigung von lärmintensiven Veranstaltungen zu nehmen. Alles andere ist für ihn nicht machbar.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0138/11 in seiner Sitzung am 16. 02. 2012 nicht zu beschließen.

4.2.1. Runder Tisch zur Veranstaltungsplanung Vorlage: S0273/11

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung S0273/11 zur Kenntnis.

4.3. Europäische Kompetenz der Stadtverwaltung steigern
Vorlage: A0173/11

Der Antrag wurde durch den Einbringer zurückgezogen.

4.4. Marktchancen bei der Liberalisierung von Fernbuslinien sichern
Vorlage: A0121/11

Mit Hinweis auf das ablehnende Abstimmungsverhalten der beteiligten Ausschüsse zieht Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, den Antrag A0121/11 zurück.

4.5. Bürgerbeteiligung in der LH Magdeburg - innovative
Beteiligungsverfahren in der Stadtentwicklung
Vorlage: A0129/11

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann teil.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, spricht seinen Dank für die vorgelegte umfassende Stellungnahme der Verwaltung aus. Als praktisches Beispiel für eine Bürgerbeteiligung benennt er das Stadtentwicklungskonzept.

Bezug nehmend auf Seite 2 der Stellungnahme verweist er auf die Darlegung der im Absatz 2 benannten Problematik der schlechten Erreichbarkeit des Baudezernates und bittet um eine Klarstellung zu dieser Aussage.

Hierzu verweist der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann auf die im Stadtrat gemachte Darlegung, dass die Verwaltung gewillt ist, Bürgerinformationen vor Ort zu geben, dies aber eine Frage der Kosten sei.

Der Oberbürgermeister legt seine Auffassung dar, dass – die nicht optimale Erreichbarkeit mit dem ÖPNV – eine bessere Formulierung wäre.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, führt aus, dass in der Stellungnahme der Verwaltung zwar umfassend die unterschiedlichsten Formen der Bürgerbeteiligung aufgeführt wurden, aber für ihn keine Gebiete erkennbar sind, die miteinander vergleichbar sind. Er bezeichnet es als schwer, eine möglichst einheitliche Form der Beteiligung herauszufinden.

Bezug nehmend auf das Anliegen des Antrages, Aussagen zu den unterschiedlichen Bürgerbeteiligungen zu machen merkt der Oberbürgermeister an, dass mit der vorliegenden Stellungnahme für ihn der Antrag eigentlich erfüllt sei.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE, zeigt sich beeindruckt hinsichtlich der vielfältigen Bürgerbeteiligungen.

Einschränkend geht er auf das Anliegen des Antrages ein festzustellen, was innovative Methoden der Bürgerbeteiligung sind. Aus seiner Sicht wurde dies mit der Stellungnahme nicht beantwortet.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass es aus Sicht der Verwaltung ausreichend Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung gibt. Diese müssen jedoch auch wahrgenommen werden. Als negatives Beispiel benennt er dabei die Maßnahme Bürgerhaushalt, bei der die Möglichkeit der Beteiligung durch Bürger kaum genutzt wurde.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE, nimmt Bezug auf die Vorstellung des Haushaltes, welche nur durch wenige Bürger wahrgenommen wurde, und bezeichnet diese als aktive Maßnahme der Bürgerbeteiligung. Fraglich sei jedoch, ob diese sinnvoll und effektiv sei.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, bezeichnet die Stellungnahme der Verwaltung als gute Zusammenstellung von Maßnahmen der Bürgerbeteiligung.

Mit Bezug auf die geringe Beteiligung von Bürgern zum städtischen Haushalt gibt er den Hinweis, dass diese bei Veranstaltungen zu Straßenausbaubeiträgen weitaus positiver ausfällt. Er trifft die Feststellung, dass immer dann großes Interesse an einer Beteiligung besteht, wenn Bürger selbst betroffen sind.

Er legt seine Auffassung dar, dass auf der Grundlage der in der Stellungnahme der Verwaltung dargestellten Bürgerbeteiligungen diese weitergeführt werden sollten und sieht damit den vorliegenden Antrag als erfüllt an.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hält es nicht für möglich, zur Methodik der Bürgerbeteiligung ein „Generalpapier“ zu erarbeiten. Er vertritt die Auffassung, dass immer, wenn eine Beteiligung erfolgen soll, auf der Grundlage der Stellungnahme der Verwaltung entschieden werden sollte, welche Methode zur Anwendung kommen kann.

Für ihn sollte im Einzelfall entschieden werden, nach welchem Verfahren eine Bürgerbeteiligung erfolgen soll.

Stadtrat Wähnelt spricht sich gegen eine Beschlussfassung des Antrages aus.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, unterstützt die von Stadtrat Wähnelt vorgeschlagene Verfahrensweise der Einzelfallentscheidung.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, nimmt Bezug auf die in der Diskussion aufgeworfene Problematik der Bürgerbeteiligung zur Haushaltsplanung und legt dar, dass es bei solchen Veranstaltungen um die tatsächliche Information der Bürger geht, um damit die Transparenz des Verwaltungshandeln deutlich zu machen.

Mit dem Hinweis auf die damit verbundene Außenwirkung spricht er sich dagegen aus, eine Auflistung zu erstellen, welche Bürgerbeteiligungen als sinnvoll angesehen werden und welche nicht.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE, geht nochmals auf das Anliegen des Antrages ein und führt klarstellend aus, dass Zielstellung sei darzustellen, welche Methode effektiv sei, um eine größtmögliche Bürgerbeteiligung zu erreichen.

Er legt dar, dass die Forderung des Antrages hinsichtlich dieser Schlussfolgerungen mit der Stellungnahme der Verwaltung nicht erfüllt sei.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, spricht sich mit dem Hinweis auf das Beispiel der Bürgerbeteiligung zum Stadtentwicklungskonzept dafür aus, den Antrag im Stadtrat zu diskutieren und verweist auf den Vorbehalt seiner Fraktion, evtl. einen entsprechenden Änderungsantrag zur Präzisierung im Stadtrat vorzulegen.

Im Ergebnis der Diskussion unterbreitet der Oberbürgermeister folgenden Änderungsantrag:

„Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Stadtrat über die unterschiedlichen Erfahrungen mit verschiedenen Formen der Bürgerbeteiligung zur Stadtentwicklung in der LH Magdeburg anhand **des Beispiels der öffentlichen Diskussion zum ISEK** zu informieren und Schlussfolgerungen für künftige effektive – und möglichst innovative – Beteiligungsverfahren dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0129/11 unter Beachtung des Änderungsantrages in seiner Sitzung am 15. 03. 2011 zu beschließen.

4.5.1. Bürgerbeteiligung in der LH Magdeburg - innovative
Beteiligungsverfahren in der Stadtentwicklung
Vorlage: S0281/11

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung S0281/11 zur Kenntnis.

4.6. Umsetzung Anträge Handyparken
Vorlage: A0081/11

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann und der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, bezeichnet die Einführung des Handyparkens als innovative Idee, die in Magdeburg als gute Alternative zu den vorhandenen Parkmöglichkeiten umgesetzt werden sollte und bittet um Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

Der Beigeordnete Herr Platz informiert klarstellend, dass in der Stadt Naumburg das Pilotprojekt Handyparken lediglich auf einem Parkplatz durchgeführt wird und der Anteil der Handyparker nur bei 3 % liegt. Aus Sicht der Verwaltung führt die Einführung des Handyparkens zu einem nicht unerheblichen Mehraufwand. Erläuternd verweist er auf die Anschaffung der mobilen Erfassungsgeräte und informiert über die Verfahrensweise zur Erfassung und Kontrolle des Handyparkens. Herr Platz legt dar, dass eine Entscheidung getroffen werden muss, ob dieser Mehraufwand geleistet werden soll.

Stadtrat Rohrßen, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, spricht sich dafür aus, zunächst das Ergebnis des Pilotprojektes der Stadt Naumburg abzuwarten.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, erklärt, bisher den Antrag unterstützt zu haben und führt aus, dass seitens der Verwaltung in Ergänzung der Stellungnahme weitere Informationen hinsichtlich der Kosten vorgelegt wurden. Für ihn wäre als Alternative auch vorstellbar, wenn seitens der MVB der Erwerb von Fahrscheinen über Handy ermöglicht würde. Er legt seine Auffassung dar, den vorliegenden Antrag heute nicht abzulehnen, sondern zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal zu diskutieren.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, bezeichnet die Einführung des Handyparkens ebenfalls als innovative Idee und vertritt die Auffassung, dass die Stadt Magdeburg hier eine Vorreiterrolle einnehmen sollte.

Er hinterfragt, wer die Kostenaufstellung vorgenommen hat und welche Stadt dazu als Vergleich herangezogen wurde.

Der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann macht erläuternde Ausführungen zu den Kosten und verweist insbesondere darauf, dass die Bedienungskosten des Anbieters nicht stadtbezogen sind. Er legt seine Auffassung dar, dass in den nächsten Jahren hier eine Marktberreinigung erfolgen wird.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0081/11 in seiner Sitzung am 16. 02. 2012 nicht zu beschließen.

4.6.1. Umsetzung Anträge Handyparken
Vorlage: S0177/11

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung S0177/11 zur Kenntnis.

4.7. Leiharbeit in kommunalen Unternehmen bzw. Unternehmen mit kommunaler Beteiligung
Vorlage: A0159/11

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann teil.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, spricht seinen Dank für die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung aus. Die von ihm beabsichtigte Deckung des Informationsbedarfes wurde mit der Stellungnahme erfüllt.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE, merkt Bezug nehmend auf die Anlage zur Stellungnahme an, dass hinsichtlich der Entlohnung der Arbeitnehmer keine Angaben gemacht wurden. Er bittet darum, in den Aufsichtsgremien dafür Sorge zu tragen, dass diese Angaben gemacht werden.

Der Oberbürgermeister gibt den Hinweis, dass seitens der Betriebe hierzu keine Angaben gemacht werden und trifft die Feststellung, dass mit der vorliegenden Stellungnahme der Antrag erfüllt wurde.

Stadtrat Müller erklärt, bis zum Stadtrat Überlegungen zur weiteren Verfahrensweise anzustellen.

4.7.1. Leiharbeit in kommunalen Unternehmen bzw. Unternehmen mit kommunaler Beteiligung
Vorlage: S0010/12

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung S0010/12 zur Kenntnis.

5. Verschiedenes

5.1. Städtepartnerschaftskongress

Auf Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, hinsichtlich der Zusammenkunft des Beirates Städtepartnerschaften zur Auswertung des Städtepartnerschaftskongresses teilt der Oberbürgermeister mit, dass eine zeitnahe Einladung an den Beirat auf der Grundlage der jetzt fertig gestellten Dokumentation des Kongresses erfolgen wird.

5.2. Stellenplan

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses FG bittet Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, darum, quartalsweise im Ausschuss FG eine Information über die offenen Stellen vorzulegen.

Der Oberbürgermeister bestätigt die Machbarkeit der Information, spricht sich jedoch dafür aus, diese im Verwaltungsausschuss zu behandeln.

Der Beigeordnete Herr Platz informiert, dass im Fachbereich 01 diesbezüglich ein Monatsbericht bzw. ein Quartalsbericht erarbeitet wird und legt dar, dass bereits eine Gesamtinformation zum Stand der Personalkostenentwicklung in Vorbereitung ist, welche vierteljährlich dem Verwaltungsausschuss vorgelegt wird.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

A. Behne
Schriftführer/in